

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Überstundenzahlungen an die Polizei

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit Monaten wird regelmäßig eine an sich notwendige personelle Aufstockung der Ordnungswache eingefordert, da diese in Unterbesetzung kaum in der Lage ist, die hohen Erwartungen, die in sie gesetzt werden, zu erfüllen. Doch mit derselben Regelmäßigkeit wird dies vom ressortverantwortlichen Bürgermeister abgelehnt: Seinen Beteuerungen zufolge sei es weit zweckmäßiger, das Geld nicht für eine Aufstockung der Ordnungswache zu verwenden, sondern stattdessen Überstunden für die Grazer Polizei zu bezahlen.

Wie gesagt: Das ist seit Monaten die Stoßrichtung des Bürgermeisters. Allerdings hat die Geschichte einen – nicht ganz unwesentlichen – Haken: Bis vor kurzem war jedenfalls nichts davon bekannt, dass die Polizei, das Innenministerium oder wer auch immer dieses „Angebot“ der Stadt und damit das Geld angenommen hätte, um Überstunden der Exekutive zu finanzieren.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

wie viele Überstunden die Grazer Polizei mit jenen städtischen Mitteln, die stattdessen nicht in die Aufstockung der Ordnungswache geflossen sind, bis dato geleistet hat, wo diese Einsätze stattgefunden haben und inwieweit diese Einsätze mit städtischem Geld mit der Stadt Graz abgestimmt waren bzw. sind?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Belastungen Ziegelstraße

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Eine große Belastung für alle Anrainerinnen und Anrainer besteht in der Ziegelstraße in Andritz: Diese Nichthauptverkehrsachse wird aufgrund der großen Bauaktivitäten bei den Alphawolf-Gründen und auch in der Inge-Morath-Straße permanent durch schwere Lkw nahezu in Geiselhaft genommen.

Natürlich ist klar, dass ein Teil der Belastungen aufgrund der Baumaßnahmen zeitlich begrenzt ist. Doch zusätzlicher – und es ist zu befürchten, mittelfristig permanenter - Schwerverkehr entsteht durch die „Nutzung“ eines Grundstückes hinter den Alphawolf-Gründen gegenüber der Ziegelstraße 51.

Dieses Grundstück ist unbebaut und es sollte ja als Fläche für das geplante Rückhaltebecken dienen. Allerdings wird es derzeit als Umschlagplatz für eine Baufirma benutzt. Die Folge sind ständige Zu- und Abtransporte von Schuttmaterial (Asphaltreste) und Erde; Baucontainer und Baumaschinen werden zu- und abtransportiert, weil dieses Grundstück als Zwischenlager dient, dazu werden Ziegel, die von wo auch immer mit Schwer-Lkw angekarrt werden, hier zwischengelagert. Der langen Rede kurzer Sinne: Auf dieser ehemaligen Grünfläche gibt es ein ständiges Ablagern und Aufladen, die Straße ist Tummelplatz für Lkw – und die AnrainerInnen werden von einer Schwertransporterlawine überrollt. Auch die Zu- und Abfahrt ist mehr als „provisorisch“ entstanden: Man hat einfach einen Zaun abgerissen, um für die Lkw freie Fahrt zu erhalten.

Wobei die AnrainerInnen entlang der Straße nicht nur unter dem Lärm und den Abgasen der Lkw leiden, – auch die Fahrbahn ist schwerst verschmutzt, weil die Lkw kiloweise Erdreich hinterlassen: Entsprechend massiv ist denn auch die Staubbelastung in der Ziegelstraße, wenn dieser Dreck auf trocknet. In Summe sind das jedenfalls unhaltbare Zustände.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

Anfrage,

ob Sie gewillt sind, die zuständigen Magistratsabteilungen umgehend aufzufordern, diese Missstände abzustellen und diesen sicher nicht genehmigten Zwischenlagerplatz bzw. Umschlagplatz zu schließen, damit die Anrainerinnen und Anrainer nicht mehr diesen Belastungen ausgesetzt sind.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) SeniorInnenwohnheim Andritz

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor ca. zwei Jahren musste die „SeniorInnen-Residenz Marianne“ in Andritz behördlich geschlossen werden. Obwohl der Bedarf gegeben ist, obwohl auch längst feststeht, dass im Norden von Graz ein Ersatzpflegeheim notwendig ist, ist ein solches Projekt nicht in Aussicht. Und dies trotz des Umstandes, dass bereits ein

Ersatzgrundstück ins Auge gefasst gewesen war: Eine Liegenschaft in der Prohaskagasse war der Stadt Graz zum Kauf angeboten worden und wäre auch ein aus Sicht von Verantwortlichen guter Platz für ein Pflegeheim gewesen.

Leider liegt jedoch das Grundstück in einem „Hochwasserschutzgebiet“ und es wäre notwendig gewesen, zusätzliche Grundstücksflächen zu kaufen, um vorgeschriebene Hochwasserschutzmaßnahmen zu realisieren.

Wobei sich in diesem Zusammenhang die Frage aufdrängt, wie es möglich ist, dass gleich nebenan am Nachbargrundstück, konkret am Gelände des Jugendzentrums Andritz, wo schon jetzt Kindergarten und Hort situiert sind, eine seit langem notwendige Kinderkrippe (2010) gebaut werden konnte. Denn auch diese entstand im Hochwasserabflussgebiet.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

1. warum zwischen der Errichtung einer Kinderkrippe und einem SeniorInnenpflegeheim betreffend Hochwasserschutzgebiet derartige Unterschiede gemacht werden,
2. und ob der Wille der Stadt, ein Pflegeheim in Andritz zu bauen, vielleicht doch nicht so groß ist, wie dies etwa seitens des verantwortlichen Stadtrates Mario Eustacchio immer angekündigt wurde bzw.
3. ob und wenn ja, welche Alternativen für einen Standort in Andritz im Gespräch sind?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Fußgängerzone Stockergasse

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Offenbar gibt es Pläne, die Stockergasse im Bezirk Lend in eine Fußgängerzone umzuwandeln. Anrainer zeigen sich durch diesen Plan betroffen und stellen die Sinnhaftigkeit in Frage. Schließlich ist die Stockergasse eine lediglich sehr kurze Straße, die noch dazu nicht an andere Fußgängerzonen anschließt, also komplett isoliert wäre.

Durch eine Fußgängerzone würden überdies acht Parkplätze, die überwiegend von AnrainerInnen benutzt werden, verlorengehen.

Vor allem fürchten die AnrainerInnen allerdings, dass durch die Ausweisung als Fußgängerzone ein „In-Lokal“ in diesem Bereich Begehrlichkeiten in Richtung Schaffung eines Gastgartens wecken würde. Dies wäre mit einer empfindlichen Lärmbelästigung verbunden, was von den AnrainerInnen selbstverständlich als zusätzliche Belastung abgelehnt wird.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Können Sie die Pläne bestätigen, wonach die Stockergasse eine Fußgängerzone werden soll? Wie weit sind diese Pläne gediehen und inwieweit sind die betroffenen AnrainerInnen miteinbezogen worden? Wie bewerten Sie die Befürchtungen der AnrainerInnen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Bebauungsplan 05.17.0 Oeverseegasse/Lissagasse/Lazarettgasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zusammenhang mit oben genanntem Bebauungsplan ist folgender Sachverhalt bekannt geworden:

Das Dachgeschoß des Hauses Oeverseegasse 16 (Feldamtskaserne), das unter Denkmalschutz stand, wurde offensichtlich illegal zweigeschossig ausgebaut. Daraufhin wurde der Denkmalschutz für dieses Gebäude aufgehoben, weil das Gebäude als nicht mehr schützenswert galt.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Wer trägt die Verantwortung dafür, dass der Dachbodenausbau im Haus Oeverseegasse 16 durchgeführt werden konnte? Welche Maßnahmen sind von Seiten der zuständigen Ämter der Stadt Graz unternommen worden, seit diese Tatsachen bekannt geworden sind? Werden Sie sich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dafür einsetzen, den ursprünglichen Zustand des Hauses Oeverseegasse 16 wieder herstellen zu lassen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Instandsetzung des Jüdischen Friedhofs in Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Friedhof der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz-Wetzelsdorf ist seit vielen Monaten nicht mehr allgemein zugänglich. Lockere Mauerteile, wackelige Grabsteine, die Sicherheit der Besucher kann nicht mehr garantiert werden.

Verhandlungen über die Wiederinstandsetzung sind im Gange, aufgrund des Washingtoner Abkommens ist auch der Bund nicht aus der Pflicht zu nehmen.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wie weit sind die Gespräche zwischen allen Beteiligten über die Wiederinstandsetzung des Jüdischen Friedhofs in Graz gediehen? Wann kann wieder mit einer Öffnung für Besucher gerechnet werden?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Postamt Moserhofgasse – drohende Schließung

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nachdem in den letzten Jahren mehrere Grazer Postämter geschlossen wurden, meinten die Kunden der Österreichischen Post AG, das Ärgste sei überstanden. Nun lässt die Österreichische Post AG aber durch ein neues Abenteuer aufhorchen. So soll das Postamt 8017 Moserhofgasse, welches mitten im Bezirk Jakomini liegt, laut Auskunft eines Mitarbeiters der Österreichischen Post AG noch im heurigen Jahr von der Moserhofgasse in die Herrgottwiesgasse „verlegt“ werden.

Und es handelt sich – ein Sprecher der Post legte großen Wert auf diesen großen Unterschied – nicht um die Schließung dieses Postamtes, sondern lediglich um seine Verlegung in die Herrgottwiesgasse, also vom Bezirk Jakomini in den Bezirk Gries auf die andere Murseite.

Die Schließung des Postamtes Moserhofgasse fällt in einen städtischen Bereich, der bekanntermaßen eine große Wachstumszone mit großer Zukunft ist. So sind große Wohnsiedlungen ganz in der Nähe des Postamtes Moserhofgasse im Entstehen und auch weitere geplant (z.B. Messequadrant am Gelände des ehemaligen Vergnügungsparks der Grazer Messe oder auch große Projekte rund um den Ostbahnhof und die Fröhlichgasse).

Das dem Postamt Moserhofgasse am nächsten gelegene Postamt im Bezirk Jakomini befindet sich dann weit entfernt von der Moserhofgasse in der Brockmannngasse. Es bleibt dann das einzige in dem mit rund 30.000 Einwohnern größten Grazer Stadtbezirk.

Angesichts der dramatischen Entwicklung der postalischen Versorgung im Grazer Stadtgebiet stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, deshalb folgende

Anfrage:

Wie weit sind Sie über die Pläne der Österreichischen Post AG informiert, das Postamt in der Moserhofgasse zu schließen und in die Herrgottwiesgasse zu verlegen? Werden Sie alles unternehmen, was in Ihrer Macht steht, damit die postalische Versorgung der Grazerinnen und Grazer weiterhin gewährleistet bleibt?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Auster – Sport- und Wellnessbad Eggenberg

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die erste Sommersaison des Sport- und Wellnessbades Eggenberg ist beendet. Es wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Dennoch gibt es einen kleinen Wunsch für die nächste Saison. Einige Badegäste, die den ganzen Sommer über das Bad kontinuierlich besuchten, haben festgestellt, dass es einen Mangel an schattigen Plätzen gibt. Es sind zwar zahlreiche schön angelegte Liegeflächen vorhanden, die aber ungeschützt bei praller Sonne nicht nutzbar sind. Deshalb wären aus ihrer Sicht die Anbringung von Sonnensegeln oder mehr Schirmen erforderlich. Diese Maßnahme wäre vor allem auch aus gesundheitlichen Überlegungen wünschenswert.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, an die Verantwortlichen heranzutreten und das Anliegen nach Anbringung von Sonnensegeln oder mehr Schirmen im Sport- und Wellnessbad zu unterstützen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Unerträgliche Lärmbelästigung durch Diskothek Retro in der Gleisdorfer Gasse 45

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

AnrainerInnen in der Gleisdorfer Gasse 15 haben sich völlig verzweifelt wegen unerträglicher Lärmbelästigung durch die Diskothek Retro an uns gewendet. Auf rechtlicher Ebene gibt es keine Einwände gegen den Diskothekbetreiber, da alle Lärmschutzauflagen erfüllt sind. Das Problem für die AnrainerInnen stellt sich jedoch in der Nacht, wenn die Gäste kommen bzw. die Diskothek verlassen. Fast jede Nacht ist an einen wohltuenden Schlaf nicht zu denken und die Verzweiflung ist mittlerweile schon sehr groß. Es kann jedoch nicht sein, dass die MieterInnen aufgrund eines Diskothekbetreibers nach 55 Jahren ihre Wohnung aufgeben müssen, um wieder ungestört schlafen zu können.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen heranzutreten, um Lösungsmöglichkeiten im Interesse der AnrainerInnen in der Gleisdorfer Gasse 15 zu finden?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Konzept Firepark Graz oder Feuerwehrcluster Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Brandmeister Werner König der BF Graz hat nach meiner Meinung ein durchaus diskutables Konzept für den Firepark Graz oder einen Feuercluster Graz entworfen. Er möchte die Feuerwehrkompetenz in der Stadt Graz, die von der Berufsfeuerwehr über die Feuerausstatter bis zum Brandschutzforum Graz reicht, bündeln.

Neben erhöhter Besucherfrequenz könnte sich Graz als Feuerwehrhauptstadt im Raum Slowenien, Kroatien und Oberitalien profilieren.

Gerade der Katastrophenschutz könnte zu einem technischen und wirtschaftlichen Schwerpunkt werden.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Bist du bereit, mit BM König Kontakt aufzunehmen und mit den zuständigen Stellen im Magistrat Graz die notwendigen Schritte zu setzen, um diese Idee zu realisieren?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Zusätzliche Polizisten für die Steiermark

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Lichte der Landtagswahl wurde das „Sicherheitspaket Steiermark“ präsentiert. Kernstück dieses Pakets sind 300 zusätzliche Polizisten für die Steiermark.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Wie wird nun dieses Sicherheitspaket speziell für die Landeshauptstadt Graz umgesetzt und welcher Anteil an Polizeibeamten ist für Graz vorgesehen? Wobei von

deiner Seite besondere Gewichtung auf den Einsatz von zusätzlichen Streifenbeamten gelegt werden sollte. Auch sollen dienstzugehörige Beamte, die ihren Dienst nicht in der Landeshauptstadt Graz versehen, bei einer „Nettorechnung“ nicht berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Vorkehrungen für einen größeren Stromausfall

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 14. Juli 2011 hat um 22:35 Uhr ein Stromausfall die Landeshauptstadt Niedersachsens Hannover lahm gelegt. Über 500.000 Menschen mussten bis zu zwei Stunden ohne Strom auskommen. Kritisch war der Blackout vor allem für die Alten- und Pflegeheime, wo Senioren teilweise an Beatmungsgeräte angeschlossen waren. Seitens der Feuerwehr wurde folgende Aussage getätigt: „Im Zusammenhang mit einem Stromausfall haben wir einen Einsatz in dieser Größenordnung noch nie gehabt.“

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich deshalb an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

A n f r a g e :

Welche Pläne und Vorkehrungen sind in Graz für einen Stromausfall dieser Größenordnung vorgesehen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Sicherheitspartnerschaft Graz/Fahrradcops

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 22.11.2009 wurde von BM Günther Platter und dir ein Vertrag über die Sicherheitspartnerschaft der Stadt Graz und dem Bundesministerium für Inneres unterzeichnet. In 10 Punkten wurde ein gemeinsamer Weg beschworen, um das Thema Sicherheit in Graz auf hohem Niveau zu behandeln. Gerade bei Herbstbeginn springt unter anderem der Punkt 6 „Unterstützung der Ordnungswache Graz im Bereich der Innenstadt und der Parkanlagen speziell durch Streifen der Fahrradpolizisten“ ins Auge.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

A n f r a g e :

Warum wurde dieser Punkt Stichwort „Fahrradcops“ bis heute nicht verwirklicht?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Geh- und Radweg Kahngasse

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

An oben bezeichneter Örtlichkeit urgieren die Anrainer seit Jahren die Errichtung eines Geh- und Radweges. Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage:

Ist in der Kahngasse die Errichtung eines Geh- und Radweges geplant bzw. bis zu welchem Zeitpunkt dürfen die Anrainer gegebenenfalls mit dem Baubeginn rechnen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Sinnhaftigkeit von Petitionen der Stadt Graz an die Bundesregierung

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz hat auf dem Wege von Petitionen an die österreichische Bundesregierung die Möglichkeit, Anliegen zu formulieren und dadurch deren Wichtigkeit zu unterstreichen. Es wird auch des Öfteren davon Gebrauch gemacht und kann ein sinnvolles Instrument sein, um den Gesetzgeber auf etwaige Miss- bzw. Umstände aufmerksam zu machen.

Ganz offensichtlich werden jedoch die Ansinnen der Stadt als zweitrangig betrachtet, da es in den seltensten Fällen dazu kommt, dass dem Wortlaut bzw. der Petition im Gesamten entsprochen wird. Interessant an diesem Umstand ist, dass sämtliche Petitionen der Stadt an die Bundesregierung von der ÖVP oder zumindest mit deren Unterstützung beschlossen werden, um dann in Wien von Leuten der eigenen Partei wieder abgeschmettert zu werden. Anscheinend werden hier dringliche Anträge rein des lokalen medialen Effekts wegen ein- und zur Entschließung gebracht, obwohl man sich bewusst darüber sein muss, dass in diesen Fällen vermutlich keinerlei Chance auf Zustimmung der Bundespartei besteht, welche Voraussetzung zur positiven Kenntnisnahme einer Petition an die Bundesregierung wäre. Diese Irreführung ist verwerflich und in höchstem Maße abzulehnen. Gerade in Zeiten, wo die Politik und ihre Protagonisten durch aktuelle Ereignisse in Verruf gebracht werden, ist ein Theater dieser Größenordnung nicht tolerierbar.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

A n f r a g e :

Welche Sinnhaftigkeit haben Petitionen der Stadt Graz an die Bundesregierung, wenn Petitionen aus der Feder einer Stadtpartei von ihrer eigenen Bundespartei verhindert werden und was gedenken sie zu tun, um diese Schmierenskomödie zu beenden?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Live-Übertragung der Sitzungen des Grazer Gemeinderates

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 17.2.2011 wurde mein dringlicher Antrag betreffend „direkte und unmittelbare Bürgerinformation durch Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen via Internet zu unseren Bürgerinnen und Bürgern“ einstimmig angenommen. Dies sollte alleine schon demokratiepolitisch eine genügende Feststellung sein, um entsprechende zielgerichtete Aktivitäten umgehend zu entfalten.

Als nichts Dahingehendes passierte, stellte ich in der Gemeinderatssitzung vom 14.4.2011 hinzufügend einen „normalen“ Antrag, um dringend zu hinterfragen und transparent offen dargelegt zu erhalten, welche konkreten Initiativen, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Ergebnis zwischenzeitlich zur Umsetzung des obigen Beschlusses getätigt wurden. Auch dieser Antrag ist bis dato – was wohl als überfrühtig benennbar ist - unerledigt geblieben bzw. sind mir allfällige Veranlassungen vorenthalten.

Als auch dieser Antrag bis dato unerledigt blieb, stellte ich weiters zu diesem Thema am 7.7.2011 die erste Bürgermeisteranfrage (bislang ebenfalls unbeantwortet), dem ich nunmehr verstärkend eine weitere hinzufüge.

Ich komme wie folgt zu folgendem vorläufigen Schluss: Während jede einzelne Nationalrats-, Landtags- und Bundesratssitzung live im Internet übertragen wird und damit den Bürgerinnen und Bürgern aus eigener Anschauung das wahre und

ungeschminkte Geschehen der jeweiligen demokratisch gewählten Gremien ersichtlich ist, ist es der Grazer Stadtregierung augenscheinlich kein vorrangiges Anliegen, gleiche Transparenz und Offenheit in der zweitgrößten Stadt Österreichs zu schaffen.

Herr Bürgermeister, warum setzen Sie diesen im Grazer Gemeinderat beschlossenen dringlichen Antrag, in dem es um eine demokratiepolitisch essentielle Beschlussfassung ‚pro Transparenz‘ nach mehr als einem halben Jahr immer noch nicht um, und warum wurde hierzu nicht einmal eine gemeinsame Zusammenkunft aller politischen Vertreter des Grazer Gemeinderates in dieser Angelegenheit anberaunt, um das, was andernorts längst gelebte Üblichkeit ist, endlich auch in Graz zum Durchbruch zu verhelfen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Plan der Energie Steiermark AG bzw. der Holding-Graz zum Einsatz von ‚Smart Grids‘: Erkennbare substantielle Gefahren durch Mängel bei Datenschutz und Datensicherheit nicht aus dem Weg geräumt

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die „magistratsinterne“ Beantwortung meiner dbzgl. Anfrage vom 17.3.2011 war völlig unbefriedigend und ist wohl in die Kategorie „glauben und hoffen, dass ich es schlucke bzw. mich damit in meinem Interesse möglichst erschöpfe“ einzureihen. Und ist wie von mir vermutet die Beantwortung eher als offenbarende Bestätigung

anzusehen, dass sich Technikverliebte hierbei zu verwirklichen bzw. abzusichern gedenken, und nicht zuletzt geht es hierbei ja um zig-Millionen-Profite auf dem Rücken der Stromkunden. Ausschließbar auch um Provisionen?

Daher begnüge ich mit dieser völlig ungenügend die Interessen unserer Grazerinnen und Grazer als Stromkunden berücksichtigenden „Beantwortung“ keineswegs, denn richtigerweise ist dieser Antwort „Ignoranz für die die Interessen unserer Grazerinnen und Grazer“ entnehmbar. Ich stelle immer stärkere und sich verdichtende Bedenken bei den Grazer Stromkunden fest, die ebenso auch in deutschen Datenschutzkreisen und Behörden, bei Forschungsinstituten und Sicherheitstechnik-Unternehmen bis hin zur deutschen Bundesregierung geäußert werden.

Wie am 19.9.2011 via Heise publiziert, hat ein Forschungsprojekt der FH Münster Desaströses ergeben: <http://www.daprim.de/?p=100> . Ich zitiere:

Die in der Literatur genannten Identifikationsmöglichkeiten von elektrischen Geräten konnten erfolgreich verifiziert werden. So war es möglich anhand des Verbrauchsprofils die Aktivität von Kühlschrank, Herd und TV-Gerät aus der Datenmenge zu gewinnen.

Durch Auswertung des Stromverbrauchs eines für Privathaushalte typischen LCD-TV-Gerätes konnte nicht nur die Einschaltzeit des Fernsehers identifiziert werden. Es war darüber hinaus möglich, das eingeschaltete Programm bzw. den abgespielten Film zu identifizieren.

Weiters verweise ich auf den Presstext „Smart Grid darf uns nicht um die Ohren fliegen“: <http://www.presstext.com/news/20110429003>. Darin wird selbst kurzfristig für möglich erachtet, dass ein großer Angriff auf kritische Infrastrukturen – und hierzu gehören insbesondere Stromkonzerne, deren Kraftwerke sowie deren Netze, mit denen die Verbraucher nunmehr über offene Netze mittels Smart Grids verbunden werden sollen. Sicherheit ist also keinesfalls hinlänglich gegeben.

Die Kosten und Profite für die Einführung von Smart Grids drohen dank grober Ignoranz der Politik anzufallen, wobei je Haushalt Kosten in dreistelliger Euro-Höhe erwachsen werden. Profiteure werden wie erwähnt die Lieferanten von Smart Meter und Smart Grids sein, bis hin zu den Energielieferanten selbst – und nicht zuletzt diverse PromotorInnen in den „Strukturen“, die sich damit wohl ihren Job abzusichern beabsichtigen.

Und nicht unerwähnt muss natürlich sein, dass die Ausrede, die EU will das bzw. habe das beschlossen, erwartbar ist. Aber erstens ist ganz allgemein gehalten die EU ein politisches Gebilde, dem wir keineswegs mittels serviler Untertänigkeit zu begegnen haben. Und zweitens zeigte uns allen ganz exemplarisch seit über zwei Jahren die „angeblich ultimative Umstellpflicht“ der Postkästen, dass daraus sowohl satte Profite bei den involvierten PromotorInnen entstanden sind ebenso wie mannigfaltige Nachteile der „hypereifrigen“ Besteller.

Da Sie, Herr Bürgermeister, in Personalunion Vorsitzender des Aufsichtsrates der Holding Graz GmbH sind - die Holding Graz GmbH ist mit 49 % an der Energie Graz GmbH & Co KG beteiligt, die als Lieferant und Netzbetreiber für Strom für alle Grazerinnen und Grazer tätig ist – ersuche ich Sie um Beantwortung nachfolgender Fragen?

1. Wie können die Grazerinnen und Grazer als zahlenmäßig größte Gruppe der steirischen Stromkunden beim Einsatz von Smart Grids, wie dies der Plan der Energie Steiermark vorsieht, vor Datendiebstahl, Sicherheitslücken und –gefahren sowie wirtschaftlicher Ausnutzung kompetent und befriedigend geschützt werden?
2. Welche konkrete evidenzbasierte Untersuchungen - diese Frage blieb im ersten Antwortschreiben m.E. gänzlich unbeantwortet - gibt es, um die gemachten Annahmen betreff Nutzen genauso wie betreff Sicherheit und Datenschutz der Energie Steiermark zu verifizieren oder zu falsifizieren? Und ergehen die Ergebnisse an den Grazer Gemeinderat?
3. Warum engagiert sich die Energie Graz GmbH & Co KG für technische noch nicht ausgereifte „Spielereien“, die den Grazerinnen und Grazern neben zusätzlichen

Kosten auch bereits essentiell wahrnehmbare Risiken und daraus erwachsende Gefahren aufbürdet, noch dazu ohne diese davon bereits jetzt hierüber in Kenntnis zu setzen bzw. zu befragen, ob die Grazer Kunden für sich die damit im Zusammenhang stehenden Umstellungen überhaupt wollen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.